Stadt Baruth/Mark
 Frau Löffler
 Ernst-Thälmann-Platz 4
 15837 Baruth/Mark

Eingang:

- Erstfestsetzung**
- Neufestsetzung**
- Einkommensüberprüfung**
(Frist: 28.02. d. J.)

Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen

(auf Grundlage der gültigen Kostenbeitragssatzung der Stadt Baruth/Mark)

Zur Berechnung/Festsetzung des Elternbeitrages werden Sie gebeten, die nachfolgende Erklärung ausgefüllt, zusammen mit den entsprechenden Einkommensnachweisen, an die Stadt Baruth/Mark, Frau Löffler, zu senden.

Name und Vorname des Kindes	Aufnahmedatum:..... (nur bei Erstfestsetzung)
Name der Einrichtung, die das Kind besucht	Besuchte Einrichtung:
Weitere Geschwister*, die eine gebührenpflichtige Einrichtung der Stadt Baruth besuchen: Name, Vorname 1. 2. _____	
Weitere unterhaltsberechtigten Geschwister * **: Name, Vorname 1. 2.	Adresse:

* die Genehmigung zur Einsicht im Einwohnermeldeamt wird erteilt;

** für Geschwisterkinder, die nicht am Wohnort des zu betreuenden Kindes leben, erfolgt der Nachweis über eine Meldebescheinigung oder die Geburtsurkunde

Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen

- der Eltern gemeinsam des Elternteiles, mit dem das Kind zusammen lebt der Pflegeeltern (nur bei Adoption)

1. Angaben zur Mutter

Name und Vorname	
Straße und Hausnummer	Postleitzahl und Ort
Telefonnummer/E-Mail	

2. Angaben zum Vater

Name und Vorname	
Straße und Hausnummer	Postleitzahl und Ort (falls abweichend)

Bitte alle Zeilen durch Ankreuzen eindeutig kennzeichnen und Belege beifügen

3. Angaben zum Einkommen

Maßgebend ist das Nettoeinkommen des gesamten Kalenderjahres, für das der Elternbeitrag festgesetzt werden soll. Eltern, die über einem Jahresnettoeinkommen von 60.000,-€ liegen, müssen keine Einkommensnachweise vorlegen; bitte nur die ausgefüllte und unterschriebene verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen einreichen.

Einkünfte	Vater	Mutter	Kind	Beleg
Selbständige Arbeit	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Letzter Steuerbescheid , BWA oder zunächst Selbsteinschätzung
Nichtselbständige Arbeit	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		<u>bei Einkommensüberprüfung:</u> elektronische Lohnsteuerbescheinigung und Lohnabrechnung Dezember <u>bei Erstfestsetzung/ Neufestsetzung:</u> aktuelle Lohnabrechnung
Elterngeld	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Bewilligungsbescheid
Arbeitslosengeld	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Bewilligungsbescheid der Agentur für Arbeit
ALG II	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	Bewilligungsbescheid der Jobcenters
Renten / Pensionen/ Halbwaisenrenten	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Aktueller Rentenbescheid
Unterhalt/ Unterhaltsvorschuss	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	Bescheid/Beschluss/Kontoauszug bei Nichtvorlage: eidesstattliche Versicherung/ lt. Düsseldorfer Tabelle
Krankengeld	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Bescheinigung der Krankenkasse
zu zahlender Unterhalt an andere Kinder	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Bescheid/Beschluss/Kontoauszug/ Vereinbarung
Sozialversicherungs- beiträge bei Selbst- ständigen	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		Kontoauszug, Kopien (Kranken- und Pflegeversicherung, Aufwendungen für die Altersvorsorge)
Sonstige Einkünfte (z.B. nach SGB, Wohngeld)	☐ nein ☐ ja, s. Beleg	☐ nein ☐ ja, s. Beleg		z.B. Verdienstabrechnung, Bescheinigung vom Arbeitgeber, sonstige Belege/Bescheide

Ich/wir versicher/e/n, dass meine/unsere Angaben vollständig und richtig sind. Mir/uns ist bekannt,

- liegen keinerlei Angaben vor bzw. werden fristgerecht eingereicht, wird rückwirkend zum 01.01. des Vorjahres der Höchstbetrag festgelegt (gilt nur für die Einkommensüberprüfung mit der Frist zum 28.02. d.J.)
- dass Beiträge nachzuzahlen sind, wenn falsche oder unvollständige Angaben gemacht oder Veränderungen in den laufenden Einkommensverhältnissen nicht umgehend mitgeteilt werden, rückwirkend erfolgt in diesem Falle keine Ermäßigung

Rechtsgrundlage für den Umgang mit den erhobenen Daten sind die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie das Zweite Kapitel des SGB X (Schutz der Sozialdaten) und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen. Die von der Datenverarbeitung Betroffenen werden vom Träger der Einrichtung über ihre sich aus der DSGVO ergebenden Rechte informiert.

Ort, Datum

Unterschrift beider Elternteile/Pflegeelternteile bzw. des alleinerziehenden Elternteils/ Pflegeelternteils